ARBEITSZEIT

Wenn nicht jetzt, wann dann?

Wir brauchen in Hamburg eine neue Diskussion über die Arbeitszeit von Lehrer_innen

Das Ergebnis der aufwändigen Untersuchung über die Arbeitszeit von Lehrer_innen in Niedersachsen belegt, dass zu viel gearbeitet wird. Können Hamburger Lehrer_innen jetzt hoffen, dass anerkannt wird, dass auch wir zu viel arbeiten? In Niedersachsen arbeiten Gymnasiallehrer mit ihren 23,5 Pflichtstunden pro Woche knapp zwei Stunden zu viel – so die Untersuchung. Dann müssten die Hamburger Gymnasial- Lehrer_innen, die je nach Fach und Unterrichtseinsatz mit bis zu 29 Unterrichtsstunden pro Woche rechnen müssen, doch erst recht zu viel arbeiten! Das wird – fürchte ich – in der Hamburger Schulbehörde so nicht gesehen. Im Gegenteil: Wenn die Arbeitszeituntersuchung in Niedersachsen feststellt, dass die Lehrer_innen dort durchschnittlich 48 Stunden und 18 Minuten pro Woche arbeiten, dann kann die Hamburger Schulbehörde sich zurücklehnen und behaupten – dann liegen wir mit der Anrechnung von 46,57 Wochenarbeitszeitstunden im Prinzip richtig.

Soll das dazu führen, dass die Hamburger Lehrer_innen stillhalten und hinnehmen müssen, dass unter diesen Umständen die Forderungen nach Absenkung der Arbeitszeit obsolet ist? Nein! Wenn Niedersachsens Gymnasiallehrer_innen bereits mit 23,5 Unterrichtsstunden in der Woche 48 Stunden und 18 Minuten arbeiten, dann dürfte uns klar sein, dass in unseren 46,57 WAZ (Wochen-Arbeitszeitstunden) mit bis zu 29 Unterrichtsstunden ein ganzer Arbeitstag mehr enthalten ist. Unsere Forderung muss lauten: Weg mit dieser enorm hohen Arbeitsdichte!

Das Problem sehe ich bereits in der Annahme, dass Lehrer_innen regelhaft 46 Stunden und 34 Minuten pro Woche arbeiten sollen, um die Ferien vorzuarbeiten. Wie will man diese Zeit berechnen? Ich befürchte, das funktioniert nur, in dem einzelne Aufgaben mit einem Zeitbudget berechnet werden. Will die GEW in Niedersachsen dieses Modell der Arbeitszeitberechnung in ihrem Bundesland einführen? Bevor diese Forderung aufgestellt wird, möchte ich dringend anregen, vorher nachzufragen, welche Erfahrungen die Hamburger Lehrer_innen mit dieser Art von Arbeitszeitabrechnung gemacht haben.

Nach der Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung* werden einzelne Aufgaben von Lehrer_innen teilweise sekundengenau abgerechnet. Die Schulbehörde bestimmt, wie viel Zeit eine Lehrkraft für jede einzelne Tätigkeit als Arbeitszeit angerechnet bekommt. Ein Beispiel: Für die Vor- und Nachbereitung zusammen für ein Nebenfach in einer 5. und 6. Klasse am Gymnasium werden 11,25 Minuten abgerechnet. Was soll das bedeuten? 11,25 Minuten! Bedeutet das, dass allein für die Vorbereitung einer Unterrichtsstunde 5,625 Minuten abgerechnet

Der Befund

Wissenschaftler_innen der Georg-August-Universität in Göttingen haben im Auftrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Max-Traeger-Stiftung zwanzig Studien **zur Arbeitszeiterfassung** von Lehrer_innen ausgewertet. Im Schnitt arbeiten diese demnach 48 Stunden und 18 Minuten in einer Schulwoche. Der Berechnung lag die 40-Stunde-Woche von Verwaltungsbeamt_innen zugrunde. „Da Lehrer durch die Ferien mehr Urlaub haben, kommen wir rein rechnerisch auf ein Soll von 46 Stunden und 38 Minuten pro Woche“, sagt Frank Mußmann, der Leiter der Studie. Soviel müsste eine Lehrkraft theoretisch arbeiten, wenn man davon ausgehe, dass sie in den Ferien nur Freizeit habe. Tatsächlich arbeiteten Lehrer_innen aber im Mittel eine Stunde und vierzig Minuten mehr in der Woche als sie müssten. „Es fehlen Erholungsmöglichkeiten in den Schulpausen, die Sieben-Tage-Woche ist in der Schulzeit quasi obligatorisch und die Entgrenzung der Arbeitszeit ist fast die Regel“, kritisiert der Forscher. Fast jede fünfte Lehrkraft arbeite sogar deutlich mehr als 48 Stunden in einer Schulwoche. Im Prinzip hat die Arbeitszeituntersuchung in Niedersachsen Folgendes belegt: Wenn die Gymnasiallehrer_innen mit 23,5 Unterrichtsstunden zu viel arbeiten, dann muss die Anzahl der Pflichtstunden gekürzt werden. Mummert und Partner haben vor ca. 20 Jahren festgestellt, dass eine Arbeitszeit von 18-20 Pflichtstunden eine volle Stelle ausfüllen – vermutlich vor dem Hintergrund einer 40- Stunden- Woche (und nicht 46,57 WAZ wegen des Vorarbeitens der Ferien) . Im Prinzip wurde genau das durch die Arbeitszeituntersuchung in Niedersachsen bestätigt.

werden? Diese Zeitvorgabe ist an Absurdität kaum zu überbieten! Gleichzeitig entspricht diese viel zu geringe Zeitangabe im Prinzip dem Satz: „Einer Vorbereitung bedarf es nicht“. Diese Worte klingen mir immer noch in den Ohren. Es ist ein Zitat aus einem Arbeitsvertrag von Instrumentallehrer_innen an der niedersächsischen Universität Oldenburg aus den 1990er Jahren. Wenn man sich in der Hamburger Lehrerzeitverordnung die Zuweisungen für die Lehrer_innen- Tätigkeiten näher ansieht, weiß jede_r, die/der das Geschäft aus der Praxis kennt, dass die angenommenen Zeiten lediglich dem Wunschdenken der ‚Konstrukteur_innen‘ des Modells entsprungen sind und keineswegs ausreichend sind.

Auch die fachspezifischen Zeitfaktoren entsprechen nicht dem wirklichen Aufwand und unterscheiden sich hauptsächlich anhand des Korrekturaufwandes für Klassenarbeiten und der Wertigkeit, die dem Fach beigemessen wird. Ich will ein paar Beispiele nennen:

Chemie bekommt ein geringeres Zeitbudget als Mathematik. Ein Kollege, der beide Fächer unterrichtet, sagt, dass dies völlig daneben sei, weil eine Chemiestunde wegen der Versuchsaufbauten eine wesentlich längere Vorbereitungszeit benötige als eine Mathestunde.

Ein anderer Kollege berichtet, dass er für das Fach Englisch mehr Zeit angerechnet bekommt, als für sein zweites Fach Spanisch. Beides sind Fremdsprachen mit dem gleichen Zeitaufwand.

Sport hat einen so geringen Faktor, dass die Sportkolleg_innen normalerweise weit mehr als 30 Stunden pro Woche unterrichten müssten, wenn es nicht den „Deckel“ von 29 Unterrichtsstunden geben würde, den die

Unser Kollege Rudolf Riep (GPR-Kandidat, s. S. 17) weiß schon seit vielen Jahren (hier auf einer Demo 2015), dass nicht nur die Rote Fahne voranweist

Grüne Schulsenatorin Christa Götsch vor ein paar Jahren festlegte. Um auf die 46,57 Stunden Wochenarbeitszeit zu kommen, müssen die Sport-Kollegen_innen allerdings Extra-Aufgaben erledigen, die auch wieder mit einem Zeitbudget belegt sind.

Als Arbeitszeit wird nur die Zeit gerechnet, in der man tatsächlich „einen Stift in der Hand hält“!

Oder nehmen wir das Beispiel Fortbildung: Bei einer ganztägigen Fachtagung wird nur die Teilnahmezeit an einer konkreten Fortbildungsveranstaltung als Arbeitszeit angerechnet, nicht aber die Zeit dazwischen, die ebenso wichtig ist, da man in dieser Zeit i.d.R. über den Inhalt fachliche Gespräche mit Kolleg_innen führt, um über seinen eigenen Tellerrand hinaus blicken zu können. Man ist also einen ganzen Tag bei einer Fortbildung und bekommt dafür beispielsweise nur vier Stunden angerechnet (von 30 Stunden Fortbildung, die man in einem Schuljahr absolvieren soll).

Besonders benachteiligt fühlt man sich, wenn man zusätzliche Stunden aufgebürdet bekommt, für deren Zustandekommen man gar keine Verantwortung trägt. So gibt es Minusstunden, wenn Kolleg_innen einen Ausflug mit der Klasse machen, in der man eigentlich unterrichten würde. Die Minusstunden sind eine Unverschämtheit! Man stellt ja seine Arbeitskraft in dieser Zeit zur Verfügung. Und eine ausgefallene Stunde ist keine Freizeit; man kann ja nicht über diese Zeit frei verfügen, da man in der Regel zu der Zeit in der Schule ist.

Um das Ganze zu resümieren: Die einzelnen Fächer werden mit einem fachspezifischen Faktor (= Zeitkontingent) abgerechnet. So kommt es, dass Kolleg_innen mit Hauptfächern, die einen hohen Faktor zugewiesen bekommen haben, zwar über die Anzahl ihrer ehemaligen Pflichtstunden hinaus unterrichten, aber immerhin oft nahe daran sind. Für viele andere gilt, dass sie bis zu 29 Unterrichtsstunden vor der Klasse stehen (dazu kommt dann noch die Vertretungsstunde)!

Es geht hier nicht darum, einen Graben zwischen einzelnen Kolleg_innen zu ziehen, aber die Erfahrung zeigt, dass jeder nur für sich selbst kämpft. Das unterhöhlt das, was wir brauchen, um die Situation zu verbessern: Solidarität!

Es gibt natürlich sehr viel mehr Beispiele, um die Dimension dieser Arbeitszeitabrechnung deutlich zu machen. Es sei daran erinnert, dass sie dazu diente, die Arbeitszeit für Lehrer_innen in Hamburg zu erhöhen, ohne es so zu benennen. Darüber hinaus können sehr einfach und auf intransparente Weise weitere Erhöhungen vorgenommen werden, ohne ein Wort darüber zu verlieren, zum Beispiel indem

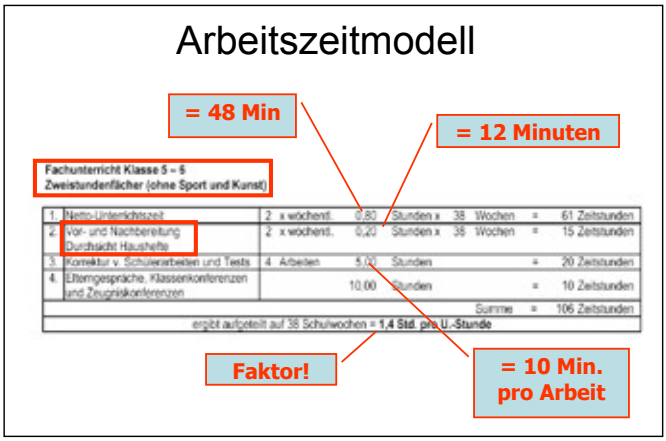
*Lehrerarbeitszeitverordnung in Hamburg LAzVo, gleichbedeutend mit dem Arbeitszeitmodell = AZM

Funktionsstunden für Extra-Aufgaben gekürzt oder umgewidmet werden. Schon vor Jahren hat dies eine hochkarätige Kommission bemängelt und 25 Aufgaben genannt, die seit Einführung dieses Abrechnungsmodells hinzugekommen sind, ohne dass es dafür einen zeitlichen Ausgleich gibt. Das Gemeine dabei ist, dass man keine Überstunden abrechnen kann. Wenn jemand mit dem Zeitbudget nicht auskommt, ist das „sein Problem“ und wird zur „Privatsache“ erklärt.

Allen Nicht-Hamburger_innen, die vielleicht mit diesem Modell liebäugeln, sei gesagt: Die Widersprüche innerhalb der Arbeitszeitabrechnung stellen sich erst nach und nach in der Praxis heraus und führen zu einer dauerhaften Auseinandersetzung mit der Schulleitung über das Thema Arbeitszeit – ein nicht zu unterschätzender Stressfaktor, weil ein grundsätzlicher Konflikt lähmend wirkt. Was ist das für ein Denken, das versucht, jeden Wimpernschlag mit einem Zeitfaktor zu belegen? Pädagogische Arbeit im Minutentakt ist entwürdigend, auch für die Schüler_innen und Eltern, denen wir als Lehrer_innen verpflichtet sind.

Ich mag meinen Beruf, ich mag meine Schüler_innen. Für sie setze ich mich ein. Ihnen gilt meine ganze Empathie, aber ich empfinde es als Missachtung meiner pädagogischen Arbeit, wenn ich daran denke, dass dieses Engagement am Ende des Tages minutengenau abgerechnet und Vieles dabei übersehen wird. Wenn ich mich über die engen Zeitvorgaben hinweg setze – und mir bleibt im Alltag ja oft nichts anderes übrig –, dann interessiert das meinen Arbeitgeber nicht. Alles sei ‚auskömmlich‘ konzipiert, so die Heilsbotschaft! Ein Engagement darüber hinaus wird zur Privatsache erklärt. Dies ist nicht nur ermüdend, sondern führt bei vielen Kolleg_innen entweder dazu, sich durch Lohnverzicht, sprich Teilzeit, aus der Situation zu retten oder Dienst nach Vorschrift zu machen oder – im schlimmsten Fall – krank zu werden. Die engen Vorgaben, mit denen die Hamburger Schulbehörde arbeitet, ziehen jedenfalls permanente Überstunden nach sich, so dass dauerhaft weit mehr als 46,57 Stunden pro Woche gearbeitet wird.

Bei aller Kleinteiligkeit des Denkens, die die Macher_innen des AZM getrieben hat (Vor- und Nachbereitung, Korrekturen, Gespräche mit Eltern und Schüler_innen, usw.): das Nachdenken oder das Entwickeln kreativer Ideen, das Erarbeiten von neuen Unterrichtsthemen oder



Grafik: Hans Voss / GEW; weitere Infos unter: www.voss-hh.de

Für Nicht-Hamburger_innen: Jeder Wimpernschlag zählt

Schade!

Nach Schätzungen von Experten wird das HSH-Debakel am Ende des Tages den Steuerzahlenden die gigantische Summe von 26 Milliarden Euro kosten. Hamburg und Schleswig-Holstein müssen dies durch Schuldenaufnahme schultern. Auf Jahrzehnte wird, abhängig von dem zu zahlenden Zinssatz, der Hamburger Haushalt damit belastet. Ein kleines Zahlenspiel, das die Dimension verdeutlicht: Unserer Forderung, dass kein Lehrer und keine Lehrerin mehr als 20 Stunden vor der Klasse stehen sollte, kämen wir ein ganzes Stück näher, wenn man 20 Prozent mehr Kolleg_innen einstellen würde. Das sind bei 16 000 Vollzeitstellen 3200 Kolleg_innen, die man zusätzlich einstellen müsste. Diese würden den Staatshaushalt jährlich mit ca. 200 Millionen zusätzlich belasten, weil eine Stelle mit ca.62 000 Euro angesetzt werden kann. Bei der HSH geht es um 13 Milliarden, die Hamburg zu tragen hat. Die 200 Millionen stecken in den 13 Milliarden 65 mal drin. So viel Jahre lang – realiter wär‘ es deutlich länger, weil die Zahlungen ja peu à peu erfolgen, je nach angenommenem Zinssatz könnte man locker von 100 Jahren ausgehen – hätte der Senat uns also entlasten können, wenn man das Zocken der HSH-Banker unterbunden hätte. Wir können uns also bei unseren Hamburger Spitzenpolitikern von Beust & Co, an vorderster Front der damalige CDU-Finanzsenator Peiner, dafür bedanken, dass auf Jahre hinaus Sparmaßnahmen damit begründet werden, dass die Finanzspielräume wegen der gestiegenen Schuldenlast höhere Personalausgaben nicht zulassen. Also weiter schuften am Limit? Das hängt trotz alledem immer noch von uns ab! JG

– methoden hat in dem Modell keinen Raum gefunden.

Auf vielen Gebieten und in vielen anderen Wirtschaftsbereichen, auf die man an anderer Stelle gern als Vorbild verweist, ist man in Hinblick auf die Auswirkungen der überall sichtbar gewordenen Stressfaktoren des Arbeitsalltags zu einem Umdenken bereit. Wann wird dieses Denken in der BSB Einzug erhalten?

Ich hoffe, dass anhand der Beispiele deutlich geworden ist, welche Denkweise hinter der Arbeitszeitabrechnung in Hamburg steckt und wie absurd und teilweise auch perfide diese Abrechnung funktioniert. Deswegen muss das Ziel lauten: Keine Übernahme des Modells in anderen Bundesländern, weg mit dem AZM in Hamburg. Und vor allem: Runter mit der Arbeitszeit! Reduzierung der Arbeitsdichte und Berechnung von realistischen Zeitbudgets. Weg mit den Minusstunden! Dafür müssen wir einstehen und verhandeln. Niedersachsen hat es vorgemacht.

Wenn nicht jetzt, wann dann können wir eine Reduzierung unserer Arbeitsdichte fordern?

Die GEW in Hamburg fordert, dass die Arbeit für Lehrer_innen attraktiver in unserer Stadt gemacht wird, auch um damit dem Lehrer_innenmangel zu begegnen. Dabei muss es auch um das Thema Arbeitszeit und Arbeitsdichte gehen!

DOROTHEA KAUFMANN
Gymnasium Altona

... und damit unsere Forderung Gestalt annimmt:

Antrag an den Hamburger Gewerkschaftstag der GEW am 23.4.2018

Wir fordern:

... die Erhöhung der unteilbaren A-Zeiten um mindestens zwei Stunden pro Woche für Kooperation.

... die Zuweisung der notwendigen Schulleitungsfunktionszeiten zusätzlich zu den Funktionszeiten der Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung (LehrArbzVO), mindestens im Umfang der Angaben der Anlage 6 der 2. Lehrerarbeitszeitkommission: 20 Stunden Sockel und 1 WAZ je beschäftigter Lehrkraft und PTF an der Schule.

Der Vorstand der GEW Hamburg ergreift geeignete Maßnahmen, um diese Forderungen durchzusetzen.

Begründung:

In Anlehnung an den Beschluss „Arbeitszeit von Lehrer*innen“ auf dem Gewerkschaftstag der GEW Hamburg vom 27.5.2015, der eine neue, den Anforderungen angemessene Arbeitszeitregelung für Lehrkräfte in Hamburg erreichen soll, will dieser Antrag einen ersten Schritt auf diesem Weg voranschreiten. Die LehrArbzVO führte mit ihrer Inkraftsetzung zu einer Erhöhung der Arbeitszeit der Lehrkräfte. Besonders gravierend ist, dass es seit Einführung im Jahr 2003 an den Hamburger Schulen zu weitreichenden organisatorischen Veränderungen gekommen ist, die eine Vielzahl zusätzlicher Aufgaben für Lehrkräfte brachten. Das bedeutet, dass die LehrArbzVO, die schon von Beginn an die Arbeit der Lehrkräfte nur mangelhaft widergespiegelt hat, nun vollends überholt ist. Das nehmen wir als GEW nicht hin! Das wollen wir mit allen möglichen Mitteln bekämpfen! Daher fordern wir als einen ersten Schritt, um die Arbeitssituation der Kolleginnen und Kollegen etwas abzufedern, die oben formulierten Veränderungen. Dieser Antrag ist demnach auch dahingehend zu verstehen, dass er mit kleinen, aber deutlichen Schritten den Weg für den Kampf für eine verbesserte Arbeitszeit für Lehrkräfte ebnen will.

Im Einzelnen:

Die Einführung der Ganztagsschule, der Inklusion und vieler anderer Aufgaben an Schule, geht einher mit der durch die BSB geforderten Kooperation aller an Schule Beschäftigten. Diese Kooperationszeiten sind in der LehrArbzVO nicht zu finden. Daher fordern wir im Sinne der Kolleginnen und Kollegen die Erhöhung der A-Zeiten. Diese Kooperation muss bezahlt werden!

Die Bezahlung der Schulleitungs-F-Stunden aus dem „Topf nach LehrArbzVO“ war schon 2006 falsch. Aber nicht nur die Aufgaben der Lehrkräfte in Hamburg haben sich seit Jahren vervielfältigt, auch die für Leitung notwendigen Aufgaben sind umfangreicher geworden. Die Schulleitungen sehen sich oft gezwungen, für ihre Verwaltungsaufgaben auf immer mehr Funktionszeiten zurückzugreifen. Das geht zu Lasten der Kollegien. Daher fordern wir die Zuweisung der notwendigen Schulleitungsfunktionszeiten, unabhängig von den Funktionszeiten der LehrArbzVO. Das wird nicht nur die Schulleitungen in ihrer Tätigkeit, gute und kollegiumsfreundliche Schule zu organisieren, entlasten. Es wird sich positiv auf die Kollegien auswirken, die die Funktionszeiten dringend benötigen, um Schule mit zu organisieren und zu gestalten.

LUCIE KUHSE
Helmut-Schmidt-Gymnasium